

Leseprobe aus:

Herfried Münkler

Die neuen Kriege



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf rowohlt.de.

Herfried Münkler

Die neuen Kriege

Rowohlt Taschenbuch Verlag

5. Auflage Februar 2014

Veröffentlicht im Rowohlt Taschenbuch Verlag,
Reinbek bei Hamburg, Februar 2004
Copyright © 2002, 2004 by Rowohlt Verlag GmbH,
Reinbek bei Hamburg
Umschlaggestaltung any.way, Barbara Hanke
(Foto: Associated Press)
Redaktion Bernd Klöckener
Druck und Bindung CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany
ISBN 978 3 499 61653 2

Inhalt

Einleitung 7

1 Was ist neu an den neuen Kriegen? 13

**2 Kriegführung, Staatsbildung
und der Dreißigjährige Krieg 59**

**3 Die Verstaatlichung des Krieges
und ihre Folgen 91**

**4 Die Ökonomie der Gewalt
in den neuen Kriegen 131**

5 Der internationale Terrorismus 175

**6 Militärische Interventionen
und das Dilemma des Westens 207**

Anmerkungen 245

Danksagung 283

Bildquellen 286

Einleitung

Von der politischen Öffentlichkeit lange Zeit unbemerkt, hat der Krieg in den letzten Jahrzehnten schrittweise seine Erscheinungsform verändert: Der klassische Staatenkrieg, der die Szenarien des Kalten Krieges noch weithin geprägt hat, scheint zu einem historischen Auslaufmodell geworden zu sein; die Staaten haben als die faktischen Monopolisten des Krieges abgedankt, und an ihre Stelle treten immer häufiger parastaatliche, teilweise sogar private Akteure – von lokalen Warlords und Guerillagruppen über weltweit operierende Söldnerfirmen bis zu internationalen Terrornetzwerken –, für die der Krieg zu einem dauerhaften Betätigungsfeld geworden ist. Nicht alle, aber doch viele von ihnen sind *Kriegsunternehmer*, die den Krieg auf eigene Rechnung führen und sich die dazu benötigten Einnahmen auf unterschiedliche Art und Weise verschaffen: Sie werden durch reiche Privatleute, Staaten oder Emigrantengemeinden finanziell unterstützt, verkaufen Bohr- und Schürfrechte für die von ihnen kontrollierten Gebiete, betreiben Drogen- und Menschenhandel oder erpressen Schutz- und Lösegeld, und durchweg profitieren sie von den Hilfslieferungen internationaler Organisationen, da sie die Flüchtlingslager (oder zumindest die Zugänge zu ihnen) kontrollieren. Wie auch immer aber die Kriegsparteien zu den erforderlichen Mitteln gelangen – stets ist die Finanzierung des Krieges,

anders als in den klassischen Staatenkriegen, ein wichtiger Aspekt der Kriegführung selbst. Die gewandelten Finanzierungsformen tragen entscheidend dazu bei, dass die neuen Kriege sich oftmals über Jahrzehnte erstrecken, ohne dass ein Ende in Sicht kommt. Will man die spezifischen Merkmale dieser neuen Kriege verstehen, muss man daher ihre wirtschaftlichen Grundlagen in den Blick nehmen.

Freilich sind, wenn im Folgenden den Ökonomien des Krieges und der Gewalt besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, darüber ideologische Faktoren keineswegs zu vernachlässigen. Ethnisch-kulturelle Spannungen und zunehmend auch religiöse Überzeugungen spielen in den neuen Kriegen eine wichtige Rolle. Die im letzten Jahrzehnt auf dem Balkan geführten Kriege, die Kriege in der Kaukasusregion sowie die Afghanistan-Kriege wären ohne ethnische und religiöse Gegensätze anders verlaufen oder hätten überhaupt nicht stattgefunden. Solche Ideologeme sind eine Ressource zur Mobilisierung von Unterstützungsbereitschaft, und darauf haben die Kriegsparteien in jüngster Zeit verstärkt zurückgegriffen. Offenbar hängt das damit zusammen, dass andere Motivations- und Legitimationsquellen kriegsrischer Gewaltanwendung, die in vielen früheren Konflikten im Vordergrund standen, inzwischen an den Rand gedrängt worden sind. Das gilt vor allem für sozialrevolutionäre Ideologien; ihnen müsste eine sehr viel größere Bedeutung zukommen, falls Armut und Elend tatsächlich – wie immer wieder zu hören ist – die Hauptursachen dieser Kriege wären. Zweifellos ist die ungleiche Verteilung von Reichtum und Armut auch für die neuen Kriege relevant, doch sind kriegerische Auseinandersetzungen keineswegs dort am häufigsten anzutreffen, wo die bitterste Armut herrscht. Eher schon kann man behaupten, dass die hoffnungslose Verelendung einer Region umso wahrscheinlicher ist, je länger sich

Kriegsunternehmer in ihr eingenistet und die vorhandenen Ressourcen ausgebeutet haben, und selbst mit der Beendigung des Krieges entsteht keine Hoffnung auf politische Stabilität und wirtschaftliche Erholung. Die spezifische Ökonomie der neuen Kriege sorgt in Verbindung mit deren langer Dauer dafür, dass die ausgezehrten und verwüsteten Regionen ohne umfassende Hilfe von außen nicht mehr auf die Beine kommen.

Angesichts der Unübersichtlichkeit der Konfliktgründe und Gewaltmotive bevorzuge ich den unscharfen, aber offenen Begriff der neuen Kriege, wobei ich mir durchaus darüber im Klaren bin, dass sie so neu eigentlich gar nicht sind, sondern in mancher Hinsicht eine Wiederkehr des ganz Alten darstellen. Ein Vergleich mit älteren Formen der Kriegführung kann dabei helfen, die Merkmale und Besonderheiten dieser Kriege herauszuarbeiten. Zum einen müssen diese gegen den klassischen Staatenkrieg abgegrenzt werden, der die heutige Vorstellung von Krieg in vieler Hinsicht immer noch prägt.¹ Darüber hinaus stellt sich jedoch die Frage, ob sich die neuen Kriege nicht in gewisser Hinsicht als eine Rückkehr hinter die Anfänge der Verstaatlichung des Kriegswesens beschreiben lassen, wie sie in Europa während der Frühen Neuzeit stattgefunden hat. Der Blick auf die Verhältnisse vor der Verstaatlichung des Krieges ist geeignet, Ähnlichkeiten mit den inzwischen entstandenen Verhältnissen aufzuzeigen, in denen der Staat *nicht mehr* ist, was er damals *noch nicht* war: Monopolist des Krieges.

Insbesondere die Konstellationen des Dreißigjährigen Krieges weisen viele Parallelen mit den neuen Kriegen auf. Charakteristisch für ihn war eine Gemengelage aus privaten Bereicherungs- und persönlichen Machtbestrebungen (Wallenstein, Ernst zu Mansfeld, Christian von Braunschweig), Expansionsbestrebungen der Politiker benachbarter Mächte

(Richelieu, Bethlen Gabor) sowie Interventionen zur Rettung und Verteidigung bestimmter Werte (Gustav Adolf von Schweden), außerdem ein inneres Ringen um Macht, Einfluss und Herrschaftspositionen (Friedrich von der Pfalz, Maximilian von Bayern), wobei nicht zuletzt auch religiös-konfessionelle Bindungen eine Rolle spielten.

In den meisten größeren Kriegen unserer Tage – sieht man einmal ab von den wenigen nach klassischem Muster geführten Staatenkriegen wie etwa zwischen China und Vietnam, zwischen Irak und Iran oder zuletzt dem zwischen Äthiopien und Eritrea – ist eine ähnliche Gemengelage aus Werten und Interessen, staatlichen, parastaatlichen und privaten Akteuren zu beobachten. Vor allem sind sie gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Interessengruppen, die sich von einem dauerhaften Verzicht auf Gewalt mehr Nach- als Vorteile erwarten und denen daher am Frieden nichts gelegen ist. Die Kriege im subsaharischen Afrika, vom südlichen Sudan über das Gebiet der großen Seen und den Kongo bis nach Angola; die mit dem Zerfall Jugoslawiens verbundenen Kriege; die bewaffneten Konflikte in der gesamten Kaukasusregion, unter ihnen am prominentesten der Tschetschenienkrieg; die Afghanistan-Kriege seit Anfang der achtziger Jahre – sie alle sind dem Modell des Dreißigjährigen Krieges sehr viel ähnlicher als den zwischenstaatlichen Kriegen vom 18. bis ins 20. Jahrhundert.

Ein solcher historischer Vergleich kann dazu beitragen, die Besonderheiten der neuen Kriege deutlich zu machen. Dabei werden namentlich drei Entwicklungen zu verfolgen sein: zunächst die bereits angesprochene *Entstaatlichung* beziehungsweise Privatisierung kriegerischer Gewalt. Sie wurde dadurch möglich, dass die unmittelbare Kriegführung in den neuen Kriegen relativ billig ist. Leichte Waffen sind allenthalben günstig zu erhalten und erfordern keine langen

Ausbildungszeiten. Diese Verbilligung hat mit der zweiten für die neuen Kriege charakteristischen Entwicklung zu tun, der *Asymmetrisierung* kriegesischer Gewalt, also dem Umstand, dass in der Regel nicht gleichartige Gegner miteinander kämpfen. Es gibt keine Fronten mehr, und deshalb kommt es auch nur selten zu Gefechten und eigentlich nie zu großen Schlachten, sodass sich die militärischen Kräfte nicht aneinander reiben und verbrauchen, sondern sich gegenseitig schonen und die Gewalt stattdessen gegen die Zivilbevölkerung richten. Diese Asymmetrisierung wiederum ist dadurch gekennzeichnet, dass in ihr bestimmte Formen der Gewaltanwendung, die zuvor untergeordnete taktische Elemente einer militärischen Strategie waren, selbst eine eigenständige strategische Dimension erlangt haben. Das gilt für den Partisanenkrieg, wie er sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt hat, und insbesondere für den Terrorismus. Man kann hier – und damit ist die dritte Tendenz benannt, die für die neuen Kriege typisch ist – von einer sukzessiven Verselbständigung oder *Autonomisierung* vordem militärisch eingebundener Gewaltformen sprechen. In der Folge haben reguläre Armeen die Kontrolle über das Kriegsgeschehen verloren, und diese ist zu erheblichen Teilen in die Hände von Gewaltakteuren geraten, denen der Krieg als Auseinandersetzung zwischen Gleichartigen fremd ist.

Ist es unter solchen Bedingungen überhaupt noch sinnvoll, am Begriff des Krieges als einer zusammenfassenden Bezeichnung großräumig organisierter Gewalt festzuhalten?² Tatsächlich hat mit dem Ende des staatlichen Monopols der Krieg zusehends seine Konturen verloren: Kriegerische Gewalt und organisierte Kriminalität gehen immer häufiger ineinander über, und es ist oftmals kaum noch möglich, zwischen kriminellen Großorganisationen, die sich mit

politischen Ansprüchen drapieren, und den Überresten einstiger Armeen oder der bewaffneten Anhängerschaft eines Warlords zu unterscheiden, die sich durch Plünderungen und den Handel mit illegalen Gütern alimentieren. So ist «Krieg» zu einem politisch umstrittenen Begriff geworden: Redet man einer Eskalation der Gewalt das Wort, wenn man ihn auf diese Phänomene anwendet? Oder verschließt man die Augen vor den neuen Entwicklungen des Kriegsgeschehens, wenn man, am herkömmlichen Modell des Staatskrieges festhaltend, den substaatlichen Formen der Gewaltanwendung die Qualität eines Krieges abspricht? Vor allem in der Auseinandersetzung mit den jüngsten Formen des internationalen Terrorismus hat diese Frage erhebliche politische Brisanz gewonnen.³ Was als Krieg zu bezeichnen ist und was nicht, ist spätestens seit dem 11. September 2001 keine innerakademische Frage mehr, sondern eine Entscheidung von womöglich weltpolitischer Relevanz. Dieses Buch will dazu beitragen, hierauf eine Antwort zu finden.

1 Was ist neu an den neuen Kriegen?

Die alten Reiche und die neuen Kriege

Nahezu alle Kriege, die in den letzten zehn bis zwanzig Jahren unsere Aufmerksamkeit für kurze oder längere Zeit in Anspruch genommen haben,¹ entwickelten sich an den Rändern und Bruchstellen der einstigen Imperien, die bis zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die Welt beherrscht und unter sich aufgeteilt hatten: So hatten die mit dem Zerfall Jugoslawiens verbundenen Balkankriege dort die größte Intensität und längste Dauer, wo bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein Donaumonarchie und Osmanisches Reich aneinander stießen und ihre Einflussphären in einer Abfolge kleinerer und größerer Kriege immer wieder veränderten. Ähnliches gilt für die an der Südflanke der ehemaligen Sowjetunion – im Kaukasus und den angrenzenden Regionen – aufflackernden bewaffneten Konflikte und Kriege: Sie erstrecken sich im Wesentlichen auf jene Regionen, in denen seit dem 18. Jahrhundert das expandierende Zarenreich und das schwächelnde Osmanenreich um die Vorherrschaft rangen und es den Russen nur unter großen Anstrengungen und nie auf Dauer gelang, die hier ansässigen Bergvölker unter ihre Herrschaft zu bringen. Aus dem endgültigen Zusammenbruch des Osmanischen Reichs am Ende des Ersten

Weltkriege sind aber nicht nur die Konflikt- und Kriegsgebiete des Balkan und Kaukasus hervorgegangen, sondern auch die zahlreichen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, unter denen der Palästina-Konflikt seit längerem am bedeutendsten und gefährlichsten ist.

Ähnliches gilt für Afghanistan, das während des 19. Jahrhunderts zu einer Pufferzone zwischen dem auch hier vordringenden Zarenreich und der britischen Herrschaft auf dem indischen Subkontinent wurde und das diese Funktion bis ins 20. Jahrhundert hinein behalten hat. Als die Sowjetunion Ende der siebziger Jahre innerafghanische Auseinandersetzungen zwischen modernistischen und traditionalistischen Kräften auszunutzen suchte,² um ihr Einflussgebiet über den Hindukusch hinaus zu erweitern und ein strategisches Sprungbrett zwischen dem Vorderen Orient und den dort lagernden Weltenergieserven auf der einen und dem als potenziellem Verbündeten gegen China bedeutsamen Indien auf der anderen Seite zu gewinnen, begann ein sich über mehr als zwei Jahrzehnte erstreckender Krieg, der schließlich im Zerfall sämtlicher Staatsstrukturen in Afghanistan endete. Sind in den achtziger Jahren die USA als indirekter Widerpart der Sowjetunion aufgetreten, indem sie die anti-sowjetischen Mudschaheddin mit Waffen und Geld versorgten, so ist nach dem Abzug der Russen und mit nachlassendem strategischen Interesse der USA an der Region der pakistanische Staat an deren Stelle getreten: Die Militärführung Pakistans hoffte, durch die Installierung eines befreundeten Regimes in Kabul könne man gegen Indien die für einen größeren Krieg erforderliche strategische Tiefe gewinnen.³ Dieses Interesse wiederum resultierte aus einem Konflikt, der aus dem Zerbrechen des zuvor von den Briten beherrschten Raumes erwachsen ist: den immer wieder auch in zwischenstaatlichen Kriegen ausgetragenen Spannungen

zwischen Indien und Pakistan. Ende der vierziger Jahre als verfeindete Staaten aus der «Konkursmasse» des britischen Empire hervorgegangen, konnten sie sich vor allem in Kaschmir nicht auf von beiden Seiten anerkannte Grenzen einigen, und so ist diese zum Teil zu Indien, zum Teil zu Pakistan (und teilweise auch zu China) gehörende Provinz bis heute ein ständiger Konfliktherd geblieben, in dessen schwer zugänglichen Bergregionen sich der Kleine Krieg, der Krieg der Partisanen und Milizen, seit Jahrzehnten eingenistet hat.

Schließlich finden nahezu alle Kriege Südostasiens und Schwarzafrikas – von Indonesien über Somalia bis nach Guinea oder Sierra Leone – in Gebieten statt, die bis nach dem Zweiten Weltkrieg von europäischen Kolonialmächten beherrscht wurden. Dabei sind es freilich weniger die aus der Kolonialzeit stammenden Grenzziehungen, die zu Streitigkeiten zwischen den Staaten geführt haben, als vielmehr innere Auseinandersetzungen um politischen Einfluss und den jeweils einzuschlagenden sozioökonomischen Kurs. Neben ethnischen Konflikten, deren Ursprünge teilweise bis in die vorkoloniale Zeit zurückreichen und die von den Kolonialmächten zur Herrschaftssicherung ausgenutzt worden sind, spielen dabei nicht selten auch religiös-kulturelle Differenzen eine erhebliche Rolle. Beides ist freilich im Verlaufe der sich oft über Jahrzehnte hinziehenden Konflikte durch machtpolitische und wirtschaftliche Auseinandersetzungen so stark überlagert worden, dass sich nur selten ausmachen lässt, was Ursache und was bloßer Anlass ist. Außerdem beuten die Krieksakteure solche Unterschiede nur zu gern als ideologische Ressource aus, mit der sich Anhänger gewinnen und Unterstützung mobilisieren lassen. Selbst wo das Zusammenleben in multikulturellen, multiethnischen Gemeinschaften über Jahrzehnte reibungslos funktioniert hat, wie etwa in Bosnien, werden ethnische und religiöse Trenn-

linien mit Ausbruch offener Gewaltanwendung zu Bruchstellen der Freund-Feind-Erklärung. Kurz, ethnische wie religiöse Gegensätze sind meist nicht die Ursachen eines Konflikts, sondern sie verstärken ihn nur. Die neuen Kriege werden von einer schwer durchschaubaren Gemengelage aus persönlichem Machtstreben, ideologischen Überzeugungen, ethnisch-kulturellen Gegensätzen sowie Habgier und Korruption am Schwelen gehalten und häufig nicht um erkennbarer Zwecke und Ziele willen geführt. Besonders dieses Gemisch unterschiedlicher Motive und Ursachen macht es so schwer, diese Kriege zu beenden und einen stabilen Friedenszustand herzustellen.

Ein erster Blick auf die geographische Verteilung und die Verteilungsdichte der Kriege am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jahrhunderts zeigt also, dass sich dort, wo eine stabile Staatsbildung stattgefunden hat, wie in Westeuropa und Nordamerika, Zonen eines dauerhaften Friedens entwickelt haben, während vor allem in den Zerfallsgebieten der großen Reiche der Krieg endemisch geworden ist. Zwar sind auch dort Staaten entstanden, die umgehend einen Platz in der Weltorganisation der Vereinten Nationen eingenommen haben, aber sie haben sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl als schwach und kaum belastungsfähig erwiesen. Es ist hier nicht zur Entstehung einer ähnlich robusten Staatlichkeit gekommen wie in Europa. Inzwischen kann es keinen Zweifel mehr daran geben, dass die vielen Staatsbildungsprozesse in der Dritten Welt sowie an der Peripherie der Ersten und Zweiten Welt gescheitert sind.⁴

Als eine der wichtigsten Ursachen für dieses Scheitern muss der Mangel an integren und korruptionsresistenten politischen Eliten genannt werden, die im Zugriff auf den Staatsapparat nicht die Möglichkeit zur persönlichen Bereicherung, sondern Aufgabe und Pflicht sehen. Tatsächlich hat

sich in vielen Regionen eine Praxis des «Kaperns» der Staatsgewalt durchgesetzt, die dann entweder der Ausweitung der Macht oder der Vergrößerung des Reichtums dient, und in der Regel lässt sich beides unschwer miteinander verbinden. Entgegen einer verbreiteten Vorstellung, die man in den Debatten über die Ursachen der neuen Kriege und die Chancen zu ihrer Beendigung immer wieder hören kann, deutet keineswegs Armut als solche auf die Gefahr einer Eskalation von Gewalt und den bevorstehenden Ausbruch von Kriegen hin; allenfalls das Nebeneinander von bitterem Elend und unermesslichem Reichtum ist ein aussagekräftiger Indikator für die Wahrscheinlichkeit, mit der innergesellschaftliche Auseinandersetzungen in offene Bürgerkriege umschlagen. Und die Wahrscheinlichkeit, dass solche Bürgerkriege nicht nach einem kurzen und heftigen Gewaltausbruch enden, sondern sich zu lange währenden transnationalen Kriegen auswachsen, steigt in dem Maße, wie auf dem umkämpften Territorium Bodenschätze vermutet werden, die durch ihre weltwirtschaftliche Vermarktung zu Quellen des Reichtums für jene werden können, die sie notfalls auch mit Gewalt unter ihre Kontrolle bringen. Potenzieller Reichtum ist eine sehr viel wichtigere Ursache für Kriege als definitive Armut. Ein weiterer Faktor, der zum Ausbruch innergesellschaftlicher Kriege beiträgt, besteht im Aufkommen zahlungskräftiger Emigrantengemeinden, die je nach Interessen und Loyalitäten eine oder mehrere der Kriegsparteien finanziell unterstützen und so deren Durchhaltefähigkeit erhöhen.

Bei der Entstehung der neuen Kriege spielen also mehrere Ursachen zusammen, von denen keine als die eigentliche und entscheidende herausgehoben werden kann, und daher greifen monokausale Ansätze wie eine modernisierte Variante von Imperialismustheorien, Konzepte des Neokolonialis-

mus, ethnische Erklärungen oder der Verweis auf religiöse Gegensätze zu kurz. Jene undurchdringliche Gemengelage unterschiedlicher Motive und Ursachen, die den Friedensschluss zu einem oftmals aussichtslosen Projekt werden lässt, ist aber zunächst die unmittelbare Folge der Tatsache, dass in den neuen Kriegen nicht Staaten, sondern parastaatliche Akteure gegeneinander kämpfen.

Staatsbildungs- oder Staatszerfallskriege?

Nun ließe sich gegen die These, dass die neuen Kriege aus dem Staatszerfall erwachsen und in ihm enden, sicherlich einwenden, sie sei vom Ansatz her zu pessimistisch: Sie rechne nicht mit der Möglichkeit, dass es sich bei diesen Kriegen, zumindest auf längere Sicht, um Staatsbildungskriege handeln könnte, wie sie auch den Prozess der Staatsbildung in Europa begleitet, gelegentlich unterbrochen, aber letztlich doch vorangetrieben haben.⁵ Eine solche Analogie ist prinzipiell nicht völlig von der Hand zu weisen, zumal sich der aus dem Zerfall universaler Mächte erwachsene Staatsbildungsprozess in Europa alles andere als gradlinig und keineswegs innerhalb von ein, zwei Generationen vollzogen hat. Aber der entscheidende Unterschied zwischen den *Staatsbildungskriegen* in Europa oder Nordamerika (der Unabhängigkeits- und der Sezessionskrieg lassen sich ohne weiteres als Staatsbildungskriege begreifen) und den *Staatszerfallskriegen* in der Dritten Welt oder an der Peripherie der Ersten und Zweiten Welt besteht darin, dass Erstere unter quasi-klinischen Bedingungen, also ohne größere Einflüsse «von außen», verlaufen sind, während das für Letztere gerade nicht zutrifft: Die zum Zerfall junger und noch instabiler Staaten führenden Kriege unserer Tage unterliegen vielmehr

ständigen politischen Einflussnahmen von außen, und vor allem sind sie in weltwirtschaftliche Austauschsysteme eingebunden, die eine *politisch kontrollierte* Entwicklung ihrer nationalen Ökonomien unmöglich machen. Gerade nationaler Reichtum in Form von Bodenschätzen, Erdöl und Erzen, Diamanten und Edelmetallen ist in der Regel nicht einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung zugute gekommen, sondern hat zumeist die Konflikte um die Aneignung und Verteilung dieser Reichtümer lediglich forciert. So ist die Mehrzahl der *failed states* unserer Tage keineswegs nur am Tribalismus sozial wie kulturell unzureichend integrierter Gesellschaften gescheitert, sondern ebenso am Sog einer wirtschaftlichen Globalisierung, die vor allem dort ihre destruktiven Wirkungen entfaltet hat, wo sie nicht auf eine robuste Staatlichkeit traf.

Die in der Zeit des Kalten Krieges von beiden Seiten zu verantwortenden Einflussnahmen haben die angestrebte Konsolidierung der Staaten zumindest nicht befördert. Der Versuch sowohl des Westens als auch des einstigen Ostblocks, Staatsbildung durch die Entsendung von Militärberatern sowie die Lieferung von Waffen und Gerät zu beschleunigen beziehungsweise eine bereits einsetzende Erosion zu stoppen, endete fast immer in einem Desaster. Der polnische Journalist Ryszard Kapuściński, ein hervorragender Kenner der politischen Entwicklung Afrikas in den letzten dreißig Jahren, hat dies am Beispiel des von der Sowjetunion unterstützten äthiopischen Militärregimes des General Mengistu beschrieben: «Mengistu hatte mit Hilfe Moskaus die größte Armee in Afrika südlich der Sahara aufgebaut. Sie zählte 400 000 Mann und verfügte über Raketen und chemische Waffen. [...] Als bekannt wurde, dass ihr Führer geflohen war, zerfiel diese gigantische, bis an die Zähne bewaffnete Armee innerhalb weniger Stunden. [...]

Die Soldaten Mengistus ließen Panzer, Raketenwerfer, Flugzeuge und Kanonen stehen und machten sich, jeder auf eigene Faust, zu Fuß, auf Mauleseln oder mit Autobussen, in ihre Dörfer auf, nach Hause. Wenn man durch Äthiopien fährt, kann man in vielen Dörfern und Städten junge, kräftige und gesunde Männer sehen, die untätig vor den Häusern oder in den armseligen Bars entlang der Straße lungern – das sind die Soldaten der großen Armee von General Mengistu, die im Sommer 1991 an einem einzigen Tag zerfiel.»⁶

Die Vermutung, dass es sich bei den neuen Kriegen wohl eher um Staatszerfalls- als um Staatsbildungskriege handelt, wird dadurch verstärkt, dass inzwischen auch in den OECD-Ländern der Höhepunkt in der Entwicklung staatlicher Steuerungs- und Integrationsfähigkeit überschritten ist.⁷ Wenn sogar hier die staatliche Administration mit der Aufgabe, komplexe Prozesse zielgenau und mit vertretbaren Kosten zu steuern, überfordert ist und seit Mitte der siebziger Jahre staatliche Kontroll- und Garantieansprüche kontinuierlich zurückgenommen worden sind, so haben vergleichbare Einwirkungen und Herausforderungen die sehr viel leistungsschwächeren und weniger robusten Staatsapparate der Entwicklungsländer regelrecht überrollt. Da ihre Eliten zudem noch nicht über das Stadium patrimonialer Macht- und Loyalitätssicherung hinausgekommen waren, ist die Art ihrer Herrschaftsausübung zumeist in offene Korruption und Ausplünderung der nationalen Ressourcen umgeschlagen. Die Notwendigkeit, die eigene Klientel fortgesetzt mit Wohltaten und Zuwendungen bei der Stange zu halten, und die Möglichkeit, die hierfür erforderlichen Geldmittel durch den Verkauf von Rohstoffen und die Vergabe von Schürfrechten oder den Handel mit illegalen Gütern aufzutreiben, hat sehr bald dazu geführt, dass zunehmend größere Anteile dieser Einkünfte für die eigene Risikovorsorge abge-

zweigt und auf Konten in Westeuropa oder den USA deponiert worden sind. So wurden in vielen Ländern die mühsam entwickelten Ansätze von Staatlichkeit und eines entsprechenden Ethos politischer Eliten und staatlicher Erfüllungsstäbe in kürzester Zeit ruiniert. Zwischen herkömmlichem Tribalismus und postmoderner Globalisierung sind die Ansätze von Staatsbildung in den meisten Drittweltländern buchstäblich zerrieben worden. Sie hatten, anders als im Europa der Frühen Neuzeit, keine Chance, sich zu entwickeln und die nötige Widerstandsfähigkeit auszubilden.

Dramatische Züge bekam diese Entwicklung freilich erst dadurch, dass beide Faktoren, der traditionelle Tribalismus und die neuen Formen der Globalisierung, in eben dem Maße, wie sie die Staatsbildung blockierten und deren Ansätze zerstörten, nicht nur die Entstehung von innergesellschaftlichen Kriegen begünstigt, sondern darüber hinaus auch zu deren Verstetigung beigetragen haben. Während unter den Bedingungen einer agrarischen Subsistenzökonomie, auf der das wirtschaftliche Leben im frühneuzeitlichen Europa über weite Strecken beruhte, Kriege nach geraumer Zeit schon deswegen wieder erlöschen, weil das Land zerstört, die Felder verwüstet und die Vorräte geplündert sind, ist dies bei den neuen Kriegen gerade nicht der Fall: Über die Kanäle der Schattenglobalisierung sind sie auf vielfältige Weise mit der Weltwirtschaft verbunden und beziehen daraus die für ihre Weiterführung nötigen Ressourcen. Nicht zuletzt deswegen hat sich auch der Vorschlag des amerikanischen Politikwissenschaftlers und Strategietheoretikers Edward Luttwak sehr schnell als illusorisch erwiesen, man solle diese Kriege zunächst ausbrennen lassen, um nach Erschöpfung der in ihnen einsetzbaren Ressourcen umso erfolgreicher einen stabilen und dauerhaften Frieden stiften zu können.⁸ Die zeitweilig von Seiten des Westens, aber auch der

Vereinten Nationen betriebene Embargopolitik, die den erhöhten Ressourcenverbrauch in Kriegen als ein Mittel zu ihrer schnelleren Beendigung nutzen wollte, schlug in nahezu allen Fällen fehl.⁹ Fast immer ist es den Kriegsparteien gelungen, an die für die Weiterführung des Krieges erforderlichen Ressourcen heranzukommen – entweder auf dem herkömmlichen Weg, indem sie von einem ideologisch verbundenen oder strategisch interessierten Regime unterstützt wurden, oder weil sie auf die neuen Formen der Schattenglobalisierung zurückgreifen konnten. Das erklärt zugleich, warum ein knappes Viertel dieser Kriege inzwischen länger als zehn Jahre dauert.¹⁰ In Angola wird seit bald dreißig Jahren gekämpft, im Sudan seit mindestens zwanzig Jahren, in Somalia seit über fünfzehn Jahren. Der Krieg in Afghanistan wird, sollte er denn jetzt tatsächlich zu Ende gehen, vierundzwanzig Jahre gedauert haben, der in Ostanatolien nähert sich, ebenso wie der in Sri Lanka, einer Dauer von zwanzig Jahren. Ohne Anlehnungsmächte, vor allem aber ohne Schattenglobalisierung wäre dies kaum möglich. Zu einer solchen Schattenglobalisierung gehören auch die bereits erwähnten Emigrantengemeinden, die durch den Transfer von Geldern, die Abwicklung von Geschäften aller Art, die Bereitstellung von Freiwilligen sowie die Aufnahme von Verwundeten und Erschöpften eine der am Krieg beteiligten Parteien unterstützen. Hierbei kommt der fast alle neuen Kriege begleitenden Entstehung von Flüchtlingslagern auf dem Territorium eines Nachbarstaates oder unter dem Schutz der Vereinten Nationen eine wichtige Rolle zu. Flüchtlingslager sind keineswegs bloß die «Müllhalden des Krieges», sondern ebenso dessen Nachschubzentren und Kraftreserven, in denen die humanitäre Hilfe internationaler Organisationen zumindest teilweise in Ressourcen für die Fortführung des Krieges umgewandelt wird.